

Volksbegehren: Studieren und Job endlich besser vereinbaren!

Ein neues Volksbegehren in Österreich fordert verbesserte Bedingungen für Studierende, um Studium und Beruf besser zu vereinbaren.

Wien, Österreich - In einem bahnbrechenden Vorstoß für Studierende haben die Aktionsgemeinschaft (AG) und der Cartellverband (ÖCV) ein Volksbegehren mit dem Titel „Studieren und Job? Na und ob!“ initiiert, das bessere Rahmenbedingungen für berufstätige und ehrenamtlich engagierte Studierende fordert. Laut Berichten von **kathpress.at** soll dieses Begehren die Toleranzsemester für jene Studierenden verdoppeln, die über der Geringfügigkeitsgrenze arbeiten oder sich mindestens 15 Stunden in ehrenamtlichen Tätigkeiten engagieren. Dies würde bedeuten, dass sie in Bachelor-, Master- und Doktoratsstudiengängen zeitlich verlängerte Fristen für ihre Abschlüsse erhalten, bevor sie Studiengebühren zahlen müssen.

Ein zentrales Ziel der Initiative ist auch eine Anpassung der Zuverdienstgrenze für die Familienbeihilfe. Während Studierende bis zu einem Jahreseinkommen von 17.212 Euro die volle Beihilfe erhalten, sollen sie auch bei einem Einkommen zwischen 16.456 Euro und 20.000 Euro teilweise Unterstützung erhalten. Die Initiative fordert außerdem Steuervorteile für Studierende, die innerhalb der neuen Toleranzsemester aktiv bleiben und mindestens 25 ECTS pro Semester erzielen. Dies könnte ihre steuerlichen Lasten erheblich verringern – erste Steuersätze würden von 20 auf 10 Prozent und die dritten von 30 auf 20 Prozent sinken.

Flexibilität an den Universitäten

Um die Vereinbarkeit von Studium und Beruf weiter zu optimieren, schlagen die Initiatoren eine flexiblere Lehrveranstaltungsplanung vor. Zukünftig sollen Vorlesungen regelmäßig aufgezeichnet und online verfügbar gemacht werden. Zudem sollen mehr Alternativzeiten für Lehrveranstaltungen – zum Beispiel am Abend oder am Wochenende – angeboten werden. Dies, wie **apa.at** berichtet, ist ein Schritt hin zu einem Bildungssystem, das den Bedürfnissen der Studierenden besser gerecht wird. Um das Volksbegehren in Gang zu setzen, müssen zunächst etwa 9.000 Unterstützungserklärungen gesammelt werden; für die endgültige Einreichung sind 100.000 Unterschriften notwendig.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Wien, Österreich
Quellen	• www.kathpress.at • science.apa.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at